



Wir alle sind Charlie

Fassungslos und zutiefst erschüttert haben wir alle auf den Anschlag gegen Charlie Hebdo in Paris reagiert. Anders als bei 9/11 und den Anschlägen in London und Madrid hat dieser Anschlag ein Gesicht, er war nicht global gegen einen Staat oder die westliche Welt als solche gerichtet, sondern sehr individuell gegen eine Redaktion, die es als ihre Aufgabe sieht, mit Karikaturen und Satire die Schwächen und Fehler unserer Gesellschaft anzuprangern. Dieser Anschlag auf Charlie Hebdo ist ein Anschlag auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, ein Recht, das zu verankern Jahrzehnte gedauert hat und das nach wie vor nicht überall und in vollem Maße garantiert ist. Es ist ein Anschlag auf unsere libertäre Werteordnung und eine Gesellschaft, die allen Menschen ungeachtet aller Unterschiede Freiheit, Würde und Gleichheit vor dem Gesetz zusichert.

Charlie Hebdo kann überall passieren. Kein Land, keine Stadt ist davor sicher, mit radikalisierten Jugendlichen konfrontiert zu sein, die bereit sind, „im Namen des Propheten“ zu rächen – radikal-islamistische Gruppen werben mit einer Vielzahl von aktionistischen Video-Clips, in Foren und Blogs bekommen sie viel Zustimmung.

Zwei Fehler sollten nicht gemacht werden:

1. Zu polarisieren, MuslimInnen pauschal Misstrauen entgegenzubringen und eine noch größere Kluft entstehen zu lassen zwischen den Mitgliedern islamischer Glaubensgemeinschaften und ihren MitbürgerInnen.
2. Zu meinen, die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung und die Aufrüstung der Sicherheitskräfte würden die



von **Christine Mössler**
(HLW Graz, stv. Vorsitzende
des Fachausschusses
Steiermark)

Gefahr terroristischer Attentate stoppen und unsere Sicherheit garantieren.

Viel wichtiger ist dagegen die Auseinandersetzung mit den Hintergründen: Warum werden junge Menschen in die Arme radikaler Gruppen getrieben? Eine Jugendarbeitslosigkeit, die in vielen europäischen Hauptstädten zwischen 25% und 50% beträgt, ist sicher ein wichtiger Punkt, Parallelgesellschaften unter MigrantInnen und sozial Benachteiligten sind ein anderer. Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung, Sinnkrisen und das Gefühl, trotz Integrationsbemühungen nicht ausreichend akzeptiert und respektiert zu werden, sind weitere Gründe für eine Radikalisierung, wie auch die Entwicklung von Verschwörungstheorien und eines Weltbildes, das von Ungerechtigkeiten gegen Muslimen geprägt ist.

Die Auseinandersetzung mit diesen Faktoren, der sozialen Misere, mit der sich viele MigrantInnen – und übrigens auch immer mehr EuropäerInnen – konfrontiert sehen, sowie dem Bildungs- und Ausbildungsangebot, das ihnen zur Verfügung steht, ist also immens wichtig. Dafür sind soziopolitische Veränderungen erforderlich: die Forcierung der Entwicklungszusammenarbeit weltweit, die Regulierung der neoliberalen Markt- und Finanzwirtschaft und, last but not least, Bildungsoffensiven.

Wenn Bundesministerin Heinisch-Hosek einige Tage nach dem Anschlag sagte, die österreichischen Lehrerinnen und Lehrer hätten genug Fortbildung, um mit radikalisierten Jugendlichen umzugehen, dann hat sie zwar die Bedeutung von Schule und Bildung in diesem Prozess begriffen. Wie der schulische Alltag aussieht und wie wenig das System Schule gerüstet ist, Extremismus vorzubeugen, weiß sie leider nicht.

▷ Damit Integration und Sozialisierung benachteiligter Kinder und Jugendlicher – denn darum geht es – gelingen können, müssen die Bedingungen im System Schule nämlich den neuen gesellschaftlichen Anforderungen angepasst werden. Dazu gehört auch eine intensivere Beschäftigung mit jenen, die sich offensichtlich dem System verweigern und damit für Abwerbung durch radikale Gruppen anfällig werden.

Es gilt daher einmal mehr, die seit Jahren formulierten Forderungen der LehrerInnenvertretungen nach zusätzlichem Personal in den Schulen, das die Lehrenden unterstützt und den mannigfaltigen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird, umzusetzen und die dafür nötigen budgetären Mittel bereitzustellen. Die gezielte Entwicklung von Demokratieverständnis und Antidiskriminierungsverhalten, bewusste Integrationsarbeit, die Förderung von Sozial- und Kommunikationskompetenzen mit Hilfe von Mediation und gewaltfreien Kommunikationsstrategien werden Schlüsselaufgaben in diesem Prozess sein müssen.

Weiters werden interkonfessioneller Unterricht, Ethik und Politische Bildung als zusätzliche Unterrichtsgegenstände sowie gezielte LehrerInnenausbildung und -fortbildung, um mit Sachwissen, Sensibilisierung und Aufklärung Radikalisierung vorzubeugen, unverzichtbar sein.

Um soziale, psychische und Lerndefizite auszugleichen, werden auch SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und UnterstützungslehrerInnen gebraucht, wobei es bei diesen wünschenswert wäre, dass möglichst viele denselben kulturellen Hintergrund haben wie die am meisten gefährdeten Jugendlichen. Es ist zu erwarten, dass sie nicht nur leichteren Zugang zu deren Welt haben, sondern auch ein positives Beispiel für gelungene Integration darstellen.

„Bildung ist der Schlüssel für Integration und Integration ist das Rezept gegen Radikalisierung“, so formuliert es Philippe Etienne, französischer Botschafter in Deutschland, und sagt weiter: „Wer Werte verinnerlicht hat und sich als vollwertiger Bürger fühlt, begeht keine Terroranschläge“.

Und dennoch: Schule allein kann nicht alles. Darüber hinaus wird viel Präventions- und Integrationsarbeit nötig sein, damit Jugendliche erst gar nicht in den Extremismus schlittern. Etwa Beratungsstellen für Familien mit multiprofessionellen Teams, die auch Bindeglied sind zwischen Familie, Schule und den gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich die Jugendlichen bewegen.

Vor allem aber muss gefährdeten Familien, Kindern und Jugendlichen die Sicherheit gegeben werden, dass sie dazugehören, Chancen haben und ihren Weg in der Gesellschaft machen können!

Vorbereitungsstundenwahnsinn

Die Zahl der Vorbereitungsstunden für die mündliche Reifeprüfung wird also massiv gekürzt. Statt der bisherigen vierfachen Menge der Wochenstundenzahl gibt es nur mehr pauschal vier. Gerade jetzt in der kommenden Umstellungszeit ist das ein riesiger Affront gegenüber den SchülerInnen, aber auch gegenüber uns LehrerInnen.

Das Ganze ist natürlich nichts anderes als eine neue Sparmaßnahme auf dem Rücken der SchülerInnen. In Zeiten, in denen gesagt wird „Hurra, wir zahlen die Mieten erst in einem Jahr, deswegen sind die LehrerInnengehälter für heuer gesichert!“ und das BIFIE für Tätigkeiten Unsummen verschlingt, die viel besser bei den LehrerInnen aufgehoben wären, ist jeder Cent kostbar.

Der Aufschrei dagegen war groß, aber kurz.

Die Ministerin präsentierte eine Lösung des Problems: Wir „dür-



von **Karlheinz Rohrer**
(BAKIP Hartberg, Landesleitung
BMHS-LehrerInnen, Fachausschuss Steiermark)

fen“ die SchülerInnen jetzt auch schon zwischen Notenschluss und der schriftlichen Matura auf die mündliche vorbereiten.

Die enorme Beleidigung, die in dieser Regelung enthalten ist, führte noch zu keinem Aufschrei. Unterstellt diese „Lösung“ doch, dass wir bisher diese Zeit irgendwie verplempert und uns nicht genau darum gekümmert hätten.

Natürlich war das Gegenteil der Fall. Diese Zeit wird seit jeher intensiv genutzt.

Dazu kommt der Umstand, dass viele SchülerInnen gerade im Hinblick auf die zentralisierte schriftliche Reifeprüfung direkt vor dieser nicht unbedingt den Kopf frei genug haben werden, sich intensiv um die mündlichen Prüfungen zu kümmern.

STELI-UG und ÖLI-UG fordern ganz klar als Minimalkompromiss, die bisher gültige

Regelung weiterzuführen.

Die ARGE für ... hat beschlossen

Immer wieder hören wir, dieses oder jenes wird jetzt so gemacht, die ARGE hat beschlossen, dass ... und dann kommen Vorgaben zu Korrekturen, zu Themenpools, dazu, ab wie vielen Fehlern jedenfalls ein Nicht genügend zu geben wäre, dass zwei Bereiche bei der Beurteilung gemeinsam und nicht getrennt bewertet werden und vieles mehr.

Die Arbeitsgemeinschaften, kurz ARGES, die es für sehr viele Gegenstandsbereiche gibt, leisten wertvolle und fast immer unbezahlte Mehrarbeit im Dienste ihrer KollegInnen. Im besten Fall vereinfachen sie viele Tätigkeiten, da sie sinnvolle Vorschläge machen, die, weil sie von LehrerInnen kommen, sehr praxisnah und deswegen auch umsetzbar sind. Oft übernehmen die ARGES auch Aufgaben, für die eigentlich vorgesetzte Dienststellen die Verantwortung hätten.

Aber eines muss klar sein: Mehr als Vorschläge kann eine ARGE nicht machen. Eine Arbeitsgemeinschaft ist kein Organ, das irgendwelche Vorschriften oder Richtlinien erlassen kann, sie hat keinerlei Beschlusskraft.

Wenn es dann gar um Beurteilungskriterien oder ähnliche gesetzdefinierte Angelegenheiten geht, dann haben wir LehrerInnen nur eine Quelle, an die wir uns halten müssen. Eben dieses Gesetz, etwa die Leistungsbeurteilungsverordnung.

Die Leistungen der LehrerInnen in den ARGES sind sehr hoch einzuschätzen. Als Mitglied einer ARGE weiß ich, dass da hochmotivierte Personen mit besten Absichten am Werk sind. Verbindliche Vorgaben können ARGES aber keinesfalls aussprechen.

Karlheinz Rohrer

Persönlich

Es war bei der PV-Schulung 2004 in St. Kathrein, dass wir uns kennengelernt haben, als wir am ersten Abend zusammensaßen, plauderten, sangen und die Wichtigkeit einer parteipolitisch unabhängigen Personalvertretung und Gewerkschaft diskutierten. Seither sind zehn gemeinsame Arbeitsjahre für die STELI und den Fachausschuss vergangen. Für dich, lieber Hans Hagauer, waren es noch wesentlich mehr. Du wirst uns fehlen, in der STELI und im Fachausschuss! Dein scharfer Verstand in jeglichen Diskussionen und dein klarer Blick für Ungereimtheiten. Dein konsequentes Dranbleiben an Themen, die noch nicht erledigt waren. Deine emotionalen Stellungnahmen wieder und wieder für unabhängige LeiterInnenbestellungen und gemeinsame Schulungen. Dein Engagement für eine unabhängige Personalvertretung, sprichwörtlich bis zum letzten Arbeitstag: Am 1.12. bist du in Pension gegangen, bis zum Wahltermin am 26./27.11. hast du uns bei der Wahlwerbung noch tatkräftig unterstützt.

Was uns freut: Dass du deine Zeit jetzt ganz nach deinem Gutdünken einteilen kannst, für dich, deine Familie und deine Freunde, deine Hobbys, dein Singen (die Chorleiter der renommierten Chöre warten schon, dass du deinen wunderbaren Tenor in mehr als einem Chor zum Klingen bringst!).

Sicher bleibst du uns als STELList weiterhin verbunden. Unabhängigkeit legt man mit dem Pensionsantritt nicht ab. Und wir freuen uns schon darauf, dass du uns zum regelmäßigen Oldies-Clubbing ins WIST einlädst! We'll miss you, take care, lieber Hans!

Christine Mössler und Josef Innerwinkler



Hans Hagauer



John Gaisbacher

Ganz unten auf der letzten Seite der SteiLenZeit stand bisher immer, dass die Redaktion auch in den Händen von John Gaisbacher liegt. Seit John 1987 beschlossen hatte, sich neben seinen anderen politischen Aktivitäten auch für eine parteiunabhängige LehrerInnenvertretung zu engagieren, zählte die Mitarbeit an unserem Blatt zu seinen Tätigkeiten.

Allerdings hat John sich nicht auf das Verfassen von Artikeln zu schul- und bildungspolitischen Fragen und das Herausgeben der jeweiligen Ausgabe beschränkt – nein, er war über die Jahre stets derjenige, der den Zusammenhalt innerhalb der STELI durch regelmäßige Besprechungen, spätabendliche Telefonate und die Vernetzung unserer MitarbeiterInnen an den einzelnen Schulstandorten gesichert hat.

Man kann getrost behaupten, dass wir uns ohne Johns umsichtiges Wirken lange nicht so erfolgreich in der steirischen Schullandschaft etabliert hätten.

Seit 1. Dezember ist John also im Ruhestand – oder sagen wir so, er fährt nicht mehr jeden Tag mit Bim und Bus in die BULME. Dass ihm die Tage nicht zu lang werden, dafür sorgt neben dem auf Abarbeitung wartenden Berg an Unterlagen in seinem Arbeitszimmer die Zahl der zu besuchenden Ausstellungen, Filme, Lesungen, Konzerte, Theateraufführungen und Diskussionsveranstaltungen.

Und sollte all dies erledigt und auch das Buch des Monats schon gelesen sein, dann wollen die Länder dieser Welt bereist werden, inklusive seriöser Vor- und Nachbereitung. Ja, einen Freundeskreis gibt es auch, und zu dem zähle ich.

Haymo Sternat

PV-Wahlen 2014: Ein Rückblick

37,45 Prozent aller Kolleginnen und Kollegen an den steirischen BMHS, das ist ein Plus von fünf Prozentpunkten, haben der STELI-UG bei der Personalvertretungswahl zum Fachausschuss ihr Vertrauen ausgesprochen und uns mit ihrer Stimme unterstützt. Allen unseren WählerInnen und UnterstützerInnen sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt!

Von den acht Mandaten auf FA-Ebene hat die STELI-UG weiterhin drei inne und stellt als zweitstärkste Fraktion die FA-Vorsitzenden-Stellvertreterin. Als Mitglieder des FA werden wir die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen wie in den vergangenen Jahren nach bestem Wissen und Gewissen engagiert und persönlich vertreten!

Die Zeit der Wahlwerbung an den Schulen war intensiv und spannend. Die vielen persönlichen Gespräche mit den KollegInnen erlebten wir als überaus bereichernd. Auch von den meisten Direktionen und Dienststellenausschüsse wurden wir sehr wohlwollend empfangen, die wenigen Fälle, wo dies anders verlief, waren dafür sehr aufschlussreich bezüglich Demokratieverständnis und Fairness mancher Führungspersönlichkeiten und PV-KollegInnen.

Die Essenz aus diesen Gesprächen mit KollegInnen und DirektorInnen: Trotz eines immer intensiveren Engagements sieht sich die KollegInnenschaft Rahmenbedingungen gegenüber, die kontinuierlich schwieriger werden, was immer häufiger zu Überlastung und Burnout führt und den KollegInnen das Gefühl des von der Schulpolitik Im-Stich-gelassen-Werdens gibt.

Die Verantwortung für diese Schulpolitik, wir wissen es, liegt bei den jeweiligen Regierungsparteien. Seit Jahren wird das Thema Bildung neben Gesundheit und Sozialem dem Sparstift unterworfen, anstatt massiv in den zukunftsträchtigsten Bereich der Gesellschaft, die Bildung und Ausbildung unserer Kinder zu investieren und so für alle am System Bildung Beteiligten förderliche Bedingungen zu schaffen.

Dass Gewerkschaften und PersonalvertreterInnen sich oft mehr schlecht als recht gegen die Regierungsparteien durchsetzen, liegt an den jeweiligen parteipolitischen Bindungen und den daraus resultierenden Abhängigkeiten. Als unabhängige LehrerInnenvertretung sind wir frei von diesen Zwängen und werden weiterhin alles tun, um unsere KollegInnen und Kollegen bestmöglich zu vertreten!

Christine Mössler, Josef Innerwinkler, Karlheinz Rohrer

SPENDENAUFTRUF

Die PV-Wahlen haben nicht nur großes Engagement, sondern auch einen finanziellen Tribut gefordert. Wir ersuchen deshalb alle Kolleginnen und Kollegen, die am Fortbestand einer parteiunabhängigen, aber nicht unpolitischen LehrerInnenzeitung Interesse haben, uns auch finanziell zu unterstützen (Ktonr. AT45 6000 0000 9204 5066 lautend auf STELI-UG bei der BAWAG-PSK, BIC: OPSKATWW). Heuer werden vier Ausgaben der Stei*Le*Zeit erscheinen, jede kostet uns 450.- (Druck, Versand). Von der GÖD-BMHS-Landesleitung erhalten wir 300.- Fraktionsgeld, der Rest (1.500.-) muss durch Spenden gedeckt werden.



STEIRISCHE LEHRER/INNEN INITIATIVE
Unabhängige Gewerkschafter/innen

Aktuelle Informationen unter <https://www.facebook.com/STELI.UG> und www.steli-ug.at

Impr.: Steirische Lehrer/innen Initiative – Unabhängige Gewerkschafter/innen (STELI-UG), Kalvarienbergstraße 127/5, 8020 Graz.
Verantw. Red. f. diese Ausgabe: Alfons Wrann, Haymo Sternat. Druck: Khil, Graz.